



»CORONA VERSCHÄRFT DIE SOZIALE SPALTUNG DER GESELLSCHAFT«

Die lang andauernde Corona-Pandemie hat die gesamte Welt erfasst, hat wesentlich stärkere Auswirkungen auf das Leben der Menschen, auf die Wirtschaft und Gesellschaft, als wir zu Beginn dieser Naturkatastrophe vermuten konnten. Wir waren geschockt, konnten gar nicht glauben, dass diese Pandemie uns so hart treffen und so lange andauern würde. Uns war das Ausmaß der Gefahren für unsere Gesundheit und unser Leben nicht bewusst.



Kanzlerin Merkel mahnte in einer ihrer wenigen Ansprachen: **»Es ist ernst. Nehmen Sie es auch ernst!«** Zwei Sätze, so schlicht und doch so mächtig. Der Millionär war von der Wucht der Krise genauso getroffen wie die Verkäuferin, der Präsident ebenso wie der Handwerker. Vor dem Virus, so hieß es, sind alle gleich. Ein Jahr später wissen wir:

»Corona ist nicht der große Gleichmacher. Je länger die Pandemie andauert, umso deutlicher wurden die Ungerechtigkeiten innerhalb der Gesellschaft.«

Die Infektionen breiteten sich aus, ließen die Zahl der Todesfälle steigen. Fast alles veränderte sich, Veranstaltungen wurden abgesagt, Maskenpflicht und Abstandsregeln verordnet. Die Pandemie erfasste die gesamte Welt. Die Bilder, besonders aus Italien, waren schockierend: Überfüllte Krankenhäuser und die Ohnmacht der Pflegenden, die das Sterben nicht mehr stoppen konnten. (Fortsetzung Seite 2)

INHALT

2 WER BEZAHLT DIE CORONA-KRISE?

Zur Bekämpfung der Corona-Pandemie muss der Staat tief in die Tasche greifen. Der Bund hat im vergangenen Jahr 130,5 Milliarden Euro aufgenommen.

3 LESERBRIEFE ZU SENIOREN-ECHO NR. 46

- Trump in Memoriam
- Verkehrsberuhigung

4 EIN ERSCHÜTTERNDES SCHLAGLICHT

Moria wird zum Symbol gescheiterter Flüchtlingspolitik. Fast 13.000 Menschen sind durch einen Brand von heute auf morgen obdachlos geworden.

5 DER FALL ALEXEJ NAWALNY UND DIE DOPPELMORAL

In Deutschland und anderen Staaten wird die Verurteilung von Alexej Nawalny wegen Verletzung von Bewährungsaufgaben durch die russische Justiz heftig verurteilt.

7 WAS IST AUS DER UN GEWORDEN?

Diese Frage stellen sich immer mehr Menschen, die mit ansehen müssen wie Hungersnot, Kriege, Verfolgung, Fluchtbewegungen und viele weitere Konflikte die heutige Lage auf der Welt bestimmen.

8 KAMPF DER KONZEPTE

2021 ist ein Superwahljahr, mit Bundestagswahl und Landtagswahlen. Die Rente wird in den anstehenden Wahlkämpfen Thema sein. Die Debatte um die richtigen Weichenstellungen ist in vollem Gange.

Auch wir in Deutschland erlebten eine krasse Entwicklung: Öffentliches Leben wurde radikal eingeschränkt, Geschäfte geschlossen, ebenso öffentliche Einrichtungen und Bildungsstätten. Das kulturelle Leben brach zusammen. Es war der erste »Lockdown« den wir erlebten.

Neue Regeln und Herausforderungen

Wir mussten uns auf ein verändertes Privat- und Berufsleben einstellen. Jeden Tag gab es neue Regeln. All das hat uns so sehr beschäftigt, dass ein besonders wichtiges Thema viel zu lange verborgen blieb: Die Corona-Pandemie traf nicht alle gleich.

Immungeschwächte und ältere Bürgerinnen und Bürger sind stark gefährdet. Sozial Benachteiligte, mit geringem Einkommen, in beengten Wohnverhältnissen, mit wenigen oder gar keinen Ersparnissen stehen vor übermächtigen Herausforderungen.

Prekäre Wohnverhältnisse und fehlende Arbeitsmittel - Corona trifft nicht alle gleich

Das Corona-Virus macht zwar keinen Unterschied zwischen Arm und Reich, aber die von den sozial Schwachen schwer durchzustehenden Belastungen verstärken die Ungleichheit in unserer Gesellschaft:

»Wie geht es eigentlich den Menschen in diesem Lockdown, wie werden sie mit den Einschränkungen fertig? Wie wirken sich diese Änderungen auf das Zusammenleben aus?« Wir hofften, die Menschen würden jetzt enger zusammenrücken und ein neues Verständnis von Solidarität würde uns helfen, die Zeit des Lockdowns zu überstehen.

Doch wir wussten noch viel zu wenig über seine täglichen Folgen für die Familien, ganz besonders für die Kinder. Der Umgang mit dem Home Office oder das Fehlen von digitalen Arbeitsmitteln.

Wie gehen Betroffene mit dem Verlust des Arbeitsplatzes, mit Entgeltverlusten, mit Kurzarbeit, dem Ausfall der Einkünfte aus den kleinen Privatunternehmen um? Wie kommen Alleinerziehende mit dem Home Schooling des Kindes und ihrem eigenen Job in der

»Armut macht krank, das zeigt die Pandemie besonders erschreckend. In den sozial benachteiligten Regionen Deutschlands starben mehr Menschen an Corona. Gesundes Leben darf kein Luxusgut sein. Ich fordere einen strategischen Ansatz. Denn: Der Zugang zu einem gesunden Leben ist in Deutschland, aber auch in Hamburg, ungleich verteilt.«

Pflege zurecht? Wie gehen Minijobber, die nicht vom Kurzarbeitergeld profitieren, mit ihren Arbeitsplatzverlusten um? Was machen die Künstlerinnen und Künstler vor den Trümmern ihrer Existenz? Wie hart trifft Corona die an Krebs Erkrankten, die sich auf die Folgen von Corona einstellen

sollen. Die Aufzählung ließe sich noch lange fortsetzen. Wir kennen die Spätfolgen von dem »Corona-Leben« bei Kindern unter prekären Wohnverhältnissen noch nicht.

Der Staat hat die Ungerechtigkeiten forciert

»Eigentlich sollte der Staat Ungleichgewichte abfangen. Durch seine Finanz-

hilfen hat er die Spaltung beflügelt. Große Unternehmen haben deutlich mehr Geld erhalten als kleine Selbstständige. Den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst wurde weiterhin das Gehalt überwiesen, auch wenn sie nicht arbeiten konnten. Die Sen-

WER BEZAHLT DIE CORONA-KRISE?

Zur Bekämpfung der Corona-Pandemie muss der Staat tief in die Tasche greifen.

Der Bund hat im vergangenen Jahr 130,5 Milliarden Euro aufgenommen. Für 2021 sind noch einmal 239,4 Milliarden und für 2022 weitere 81,5 Milliarden an Neuverschuldung geplant. Viel Geld, aber erforderlich.

Wenn das Haus in Flammen steht, wie bei einer Pandemie, ist es nur logisch alles aufzufahren, was helfen kann. Dafür wurde die Schuldenbremse ausgesetzt um Kurzarbeitergeld, Konjunkturpakete oder Ausfallentschädigungen zu finanzieren.

Die Neuverschuldung stieg auf fast fünf Prozent des Brutto-Inland-Produkts (BIP). Auch 2021 und 2022 wird das so weitergehen. Im Jahr 2023 aber, so sagt es jedenfalls Bundesfinanzminister Olaf Scholz, soll die Schuldenbremse wieder greifen und die Neuverschuldung auf 0,35 Prozent des BIP begrenzt werden. Weil die Einnahmen wegen der Pandemie jedoch geringer ausfallen werden, bleiben nur zwei Möglichkeiten: **Entweder man erhöht die Steuern oder man kürzt die Ausgaben.**

Was wird aus der Schuldenbremse?

Deutschland blüht also ein Verteilungs-

kampf. Schuld ist die Schuldenbremse, die sich CDU/CSU und SPD 2009 mit einer Grundgesetzänderung ans Bein gebunden haben. 2022 kommt die Stunde der Wahrheit.

- ▶ Soll die Schuldenbremse knallhart greifen?
- ▶ Soll sie verändert und den gegenwärtigen ökonomischen Umständen angepasst werden?
- ▶ Soll man sie umgehen oder ganz abschaffen?

Die Schuldenbremse ist in der Politik und bei Ökonomen höchst umstritten. Noch mehr die Politik der »schwarzen Null«, die meint, dass wir als Staat nur so viel Geld ausgeben, wie wir einnehmen. Es ist durchaus sinnvoll, wenn der Staat für sinnvolle Dinge Geld ausgibt, auch wenn das auf Pump geschieht.

Dinge in Gang setzten

Wenn ein Staat Geld ausgibt setzt er damit Dinge in Gang: Wenn ein Staat zum Beispiel in den öffentlichen Nahverkehr investiert werden mehr Bahnen und Busse benötigt. Diese müssen produziert werden und schaffen zusätzliche Arbeitsplätze. Unternehmen und Beschäftigte zahlen mehr Steuern.

Da diese Mobilität klimaschonender ist, spart er an Klimafolgekosten. Wenn es gut läuft steht der Staat am Ende mit mehr Geld da, als er zu Beginn investiert hat. In der Ökonomie wird die Folgewirkung als »Multiplikator-Effekt« bezeichnet.

Schaden durch »schwarze Null«

Hingegen haben die Schuldenbremse und besonders die Politik der »schwarzen Null« das Gegenteil bewirkt. Ein Investitionsstau von 147 Milliarden Euro ist bislang aufgelaufen. Marode Schulen, kaputte Straßen

kung der Mehrwertsteuer hat vor allem die Wohlhabenden entlastet.« – so der Armutsforscher Christoff Buttewegge.

Falko Droßmann, Bezirkschef Hamburg-Mitte, erlebt tagtäglich die soziale Schiefelage in seinem Bezirk: »Armut macht krank, das zeigt die Pandemie besonders erschreckend. In den sozial benachteiligten Regionen Deutschlands starben mehr Menschen an Corona. Gesundes Leben darf kein Luxusgut sein. Ich fordere einen strategischen Ansatz. Denn: Der Zugang zu einem gesunden Leben ist in Deutschland, aber auch in Hamburg, ungleich verteilt.«

Corona hat uns die Versäumnisse unserer Handlungsmöglichkeiten drastisch vor Augen geführt. Die Erkenntnisse aus der noch so harten und unerbittlichen Coronazeit sollten uns immer wieder motivieren, gegen die weltweite Ungerechtigkeit und Benachteiligung von Millionen von Menschen zu kämpfen. Und dabei dürfen wir nicht ausweichen, so schrecklich die Corona-Folgen auch sind.

Johannes Müllner

LESERBRIEFE ZU SENIOREN-ECHO NR. 46

Trump in Memoriam

... möchte ich Ihnen mitteilen, dass Ihre Ausführungen in meinen Augen eine Diffamierung des Donald Trump darstellen... Donald Trump – Die Republikaner haben sämtliche Beweise in jeder Form in der Hand. Das Kartenhaus wird fallen und jeder wird sehen, was gespielt wird.

Holger B. (Nachname unleserlich)

Verkehrsberuhigung

Das letzte Senioren Echo spricht wieder wichtige Themen an. Das betrifft auch den Artikel Verkehrsberuhigung. Wie weit in Hamburg Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen zeigte zuletzt die »Große Länderverkehrsstudie 2016/17«, in der Hamburg unter 16 deutschen Großstädten den letzten Platz belegte. Dabei ging es um die fünf Kriterien Verkehrssicherheit (13.), Flächenverbrauch (15.), Luftverschmutzung (13.), Lärmschutz (16.) und Klimaschutz (12.). Kürzlich konnte man lesen, dass 200.000 Hamburger an Straßen leben, an denen die Stickoxidbelastung offiziell als gesundheitsgefährdend gilt. Trotzdem reklamieren Stadtentwicklungssenatorin und grüner Umweltsenator für Hamburg eine besonders strenge Klimaschutzverordnung. Aber wie ihr zu Recht schreibt. »Andere europäische Städte sind weiter...«

Rudi Christian

und Brücken, fehlende digitale Netze und Ausstattung, überforderte Gesundheitsämter, in denen Fax und Zettelwirtschaft dominieren.

Diese Art der Sparpolitik hat mehr Kosten verursacht als Nutzen. Das Land wird zu Lasten nachfolgender Generationen kaputtgespart. Darin ist sich die Mehrheit der Ökonomen einig: Statt Sparprogrammen sei nun eine Förderung des Wachstums nötig, und zwar durch massive öffentliche Investitionen. Dem schließen sich die Gewerkschaften und immer größere Teile der Politik an.

Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau, in Bildung und Infrastruktur würden das BIP erhöhen. Auf diese Weise könne Deutschland aus seinen Schulden herauswachsen.

BIP steigt, wenn Staat investiert

Hier kommt wieder der »Multiplikator-Effekt« ins Spiel. Ein Multiplikator von 1 bedeutet beispielsweise, ein Euro Staatsausga-

ben zieht einen Euro mehr BIP nach sich. Bei einem Wert deutlich über 1 würde die Schuldenquote trotz steigender Schulden sinken, sagt Sebastian Gechert vom gewerkschaftsnahen Institut IMK. Eine neue Studie des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Finanzministeriums verspricht für jeden Euro an öffentlichen Investitionen bis 2024 ein Plus des BIP in Höhe von 1,60 €, und das sei »noch konservativ«.

Wo es noch Geld zu holen gibt

Staatliche Neuverschuldung ist in dieser Ausnahmesituation besonders erforderlich. Es ist aber nicht der einzige Weg, um die Folgen der Pandemie zu bewältigen. Corona hat auch dazu geführt, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter geöffnet hat. So konnten sich die reichsten Deutschen in der Krise über einen Vermögenszuwachs von mehr als 10 Prozent freuen. Der ärmere Teil der Bevölkerung, besonders Menschen im Niedriglohnsektor, haben dagegen in der Krise weiter an Boden verloren.

Was ist das BIP?

Das Bruttoinlandsprodukt ist der Wert aller produzierten Waren und Dienstleistungen in einem Land - und damit ist es die gemeinhin wichtigste Kennziffer, um die Wirtschaftsleistung eines Staates zu bewerten.

In einer immer ungerechter werdenden Gesellschaft ist es dringend erforderlich gegenzusteuern. Die Kosten der Corona-Krise dürfen nicht auf die Schwächsten in diesem Land abgewälzt werden. Eine Erbschaftsteuer, die ihren Namen verdient, oder eine höhere Besteuerung von Millionären und Milliardären könnte ein wesentlicher Beitrag zur Bewältigung der Krise und für mehr gesellschaftliche Gerechtigkeit sein.

Günter Hameister

EIN ERSCHÜTTERNDES SCHLAGLICHT

MORIA WIRD ZUM SYMBOL GESCHEITERTER FLÜCHTLINGSPOLITIK

Kurz nach unserem letzten Bericht im Senioren-Echo über die katastrophalen Zustände im größten europäischen Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos wurde dieses »Camp« zur »Endstation« für zigtausende von gestrandeten Flüchtlingen und Opfer einer Brandkatastrophe.

Fast 13.000 Menschen sind durch diesen Brand von heute auf morgen obdachlos geworden. Griechenland verhängte den Notstand über Lesbos. Die Brandopfer wurden in Zelten, auf Kriegsschiffen und Fähren untergebracht.

Durch diese furchtbare Brandkatastrophe liegt nicht nur ein Flüchtlingslager, sondern die gesamte europäische Asylpolitik in Trümmern. Moria sollte eigentlich ein europäisches Modell für humane und schnelle Asylverfahren werden. In Moria und auch auf anderen Mittelmeerinseln sollten Asylanträge schnell geprüft und anerkannte Flüchtlinge auf die EU-Staaten verteilt werden. Wer abgelehnt wurde, sollte im Rahmen des Migrationsabkommens 2016 in die Türkei zurückkehren.

Das alles blieb Theorie. Griechische Behörden kümmerten sich nicht um die Prüfung der Asylanträge, kaum ein Flüchtling wurde in die Türkei zurückgeschickt. Mit diesem unverantwortlichen Umgang mit Menschenrechten hat die EU jede moralische Autorität verspielt.

Im Sommer 2019 erreichten rund 25.000 neue Geflüchtete die griechischen Inseln. Das Lager Moria steht ständig vor dem Kollaps. Dennoch wächst das Lager un-aufhaltsam. Im März 2020 sind es bereits 20.000 Schutzsuchende. Das Leben im Camp wird immer unerträglicher, besonders für Kinder. Eine Verteilung der Flüchtlinge auf andere EU-Staaten findet nicht statt. Die griechischen Inselbewohner nehmen diese Entwicklung nicht mehr hin.

Der Bau eines zusätzlichen Lagers, scheiterte an ihrem Widerstand. Doch auch die Corona-Pandemie macht keinen Bogen um Moria. Alle wussten, wenn das Virus erst einmal im Lager ist, wird es sich rasant verbreiten. Schließlich darf niemand das Lager verlassen.

Es gibt keine aktuellen Berichte über das Schicksal der heimatlosen, hilfeschenden Menschen, die im Moria-Camp »eingekerkert« sind. Dieses unvorstellbare, peinlich verschwiegene Schicksal der zigtausend hilflosen Menschen im Lager Moria ist das Ergebnis völlig verfehlter und letztlich gleichgültiger Politik in der EU. Das sind die Fakten, es gibt nichts zu beschönigen.

Johannes Müllner



DOPPELMORAL:

DER FALL ALEXEJ NAWALNY

In Deutschland und anderen Staaten wird die Verurteilung von Alexej Nawalny wegen Verletzung von Bewährungsaufgaben durch die russische Justiz heftig verurteilt.

Alexej Nawalny wurde in Russland mit einem Nervengift lebensgefährlich vergiftet und anschließend in Deutschland behandelt. Wie ein im Koma liegender Patient seinen Meldeverpflichtungen nachkommen soll, bleibt das Geheimnis der russischen Justiz. Eine unabhängige Rechtsprechung existiert in dem Riesenreich nicht, darin sind wir uns einig. Dass staatliche Stellen in den Skandal verwickelt sind ist nicht belegt, aber anzunehmen.

Auffällig finde ich die Doppelmoral:

Bei Alexej Nawalny echotiert sich die westliche Politik, aber bei einem Julian Assange oder Edward Snowden hält man die Füße still. Julian Assange, der Gründer der Enthüllungplattform Wikileaks, veröffentlichte Bild- und Tondokumente von Kriegsverbrechen der US-Armee im Irak. Er wurde daraufhin in Schweden der Vergewaltigung beschuldigt. Mittlerweile ist bekannt, dass diese Anschuldigung inszeniert war und das Verfahren eingestellt wurde. Vor dem damaligen Haftbefehl und der Angst vor einer Auslieferung an die USA flüchtete sich Assange in die ecuadorianische Botschaft in London. Nach jahrelangem Aufenthalt wurde er verhaftet und in London inhaftiert. Es läuft ein Auslieferungsverfahren an die USA. In den USA erwartet ihn eine über hundertjährige Haftstrafe wegen »Geheimnisverrat«. Kein Land hat Assange bis heute Asyl angeboten.

Ähnlich der Fall Edward Snowden

Ein EDV-Spezialist, der für den US-Geheimdienst NSA gearbeitet hat. Edward Snowden deckte den größten Datenskandal auf. Jahrelang hatte die NSA, und wird es wohl

weiterhin tun, weltweit den Datenverkehr im Internet und Mobilfunkgespräche abgehört. Offiziell galt diese Maßnahme der Bekämpfung des Terrorismus. Tatsächlich wurde in unvorstellbarem Ausmaß politische und wirtschaftliche Spionage betrieben. Selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde abgehört und kommentierte es mit dem Satz: »Abhören unter Freuden geht gar nicht«. Konsequenzen gegenüber den USA hatte es nicht, wohl aber für Edward Snowden. Der Verfolgung durch die USA konnte Snowden sich nur durch die Flucht nach Russland entziehen, das einzige Land, welches bereit war ihm Asyl zu gewähren. Alle Forderungen der Opposition, Edward Snowden in Deutschland Asyl anzubieten, wurden von der Bundesregierung abgelehnt.

Doch zurück zu Alexej Nawalny

Bekannt geworden ist er als nationalistischer Politiker und mit üblen rassistischen Äußerungen, für die er sich bis heute nicht entschuldigt hat. Er gefällt sich als Provokateur ohne inhaltliches Programm. Seine Verhaftung bei seiner Rückkehr nach Russland war bewusst kalkuliert. Das rechtfertigt in keinsten Weise die Bedrohung seines Lebens und die Repressionen, denen er ausgesetzt ist. Eine größere Aufmerksamkeit hätte aber die viel breiter aufgestellte Opposition in Russland verdient, die für demokratische Reformen und einer unabhängigen Justiz kämpft.

Die EU hat auf den Fall Nawalny mit weiteren Sanktionen gegen Verantwortliche in Russland reagiert. Wann folgen Sanktionen gegen die USA?

Heinrich Dannenberg

MEINE MEINUNG

WAS IST AUS DER UN GEWORDEN?

Diese Frage stellen sich immer mehr Menschen, die mit ansehen müssen wie Hungersnot, Kriege, Verfolgung, Fluchtbewegungen und viele weitere Konflikte die heutige Lage auf der Welt bestimmen.

Vielleicht war es zu idealistisch zu glauben, mit den 1945 gegründeten »Vereinten Nationen« endlich eine stabile Friedensordnung auf der gesamten Welt erreichen zu können. Überlegungen, eine Organisation zur Sicherung des Weltfriedens zu schaffen, bestanden schon seit dem Ersten Weltkrieg.



Doch erst nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs unterzeichneten 26 Länder die »Deklaration der Vereinten Nationen«. 1945 war es endlich so weit: die UN-Charta mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen wurde verabschiedet.

Wozu haben wir die UN?

Hauptziel der UN ist es nach wie vor, die Menschen von der Geißel der Kriege zu befreien. Heute würden wir dies als Illusion betrachten. Denn die Kriege, Konflikte, Verfolgungen, die gewaltigen Migrationsströme, Hungerkatastrophen, Niederschlagungen

von Demokratiebewegungen - gegen diese Verbrechen vorzugehen -, bleibt der UN meist nur der Appell des Sicherheitsrates an die Konfliktparteien, diese Menschenrechtsverletzungen sofort einzustellen.

Es ist verständlich, wenn sich die politisch interessierten Menschen bei der Inflation von Meldungen über weltweite entsetzliche Konflikte die Frage stellen »Wozu haben wir denn die UN, wenn sie nicht in der Lage ist, die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen zu stoppen? Wenn »hoffnungsvolle« Menschen diese Machtlosigkeit tagtäglich miterleben müssen, sind ihre Zweifel mehr als berechtigt,

Die UN als friedensstiftende Organisation

Dennoch dürfen wir die Hoffnung auf eine friedliche Welt nie aufgeben. Trotz aller Enttäuschungen dürfen wir die Exis-

MELDUNGEN I

Lukrative Lobbyarbeit

Die Bundesregierung gab im vergangenen Jahr 433,5 Millionen Euro für externe Beraterleistung aus. Das entspricht einer Zunahme um 46 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Den größten Batzen zahlte mit 204,3 Millionen Euro das Innenministerium von Horst Seehofer, gefolgt von Andreas Scheuer's Verkehrsministerium mit 63,2 Millionen Euro. Obwohl für die Bundesregierung direkt oder indirekt fast 500.000 Menschen arbeiten, erreichen die Zahlungen an externe Berater von Jahr zu Jahr immer neue Höchststände. Derzeit arbeitet ein Bundestags-Untersuchungsausschuss die Vergabep Praxis von Beraterverträgen im Verteidigungsministerium auf, unter der Leitung von Ursula von der Leyen. Dabei wurde interessenorientierte Einflussnahme und Vetternwirtschaft festgestellt. Die Lobbyarbeit hat damit eine völlig neue Qualität erreicht: Statt mit einer dicken Brieftasche auf politische Entscheidungen illegal Einfluss zu nehmen, wird für die Einflussnahme jetzt legal Staatsknete abgegriffen. Tolle Entwicklung!



Skizze: Gedenkstätte Lohseplatz

Dokumentationszentrum am Lohse-Platz

Das Senioren-Echo hat schon mehrfach über den alten »Hannoverschen Bahnhof« beim Lohse-Park in der Hafen-City und der dortigen Gedenkstätte berichtet.

Zur Erinnerung: In Hamburg wurden vom Hannoverschen Bahnhof aus die großen Deportationen von Juden, Roma und Sinti und anderen, auch Menschen mit Behinderungen in die Vernichtungslager durchgeführt. Nun soll endlich zu der Gedenkstätte ein Dokumentations-Zentrum gebaut werden.

Der Investor des Hauses, in dem dieses Zentrum untergebracht werden soll, hat das Haus zum großen Teil an die Firma Wintershall vermietet. Eine größere Geschmacklosigkeit gegenüber Juden, Roma und Sinti kann es kaum geben. Wintershall war eine der Firmen, die ganz erheblich mit dem Naziregime verbandelt waren. Etwa 10.000 Zwangsarbeiter mussten in dieser Firma arbeiten, teils bis zum Tode. Durch einen Vertrag der Kulturbehörde mit dem Investor sollte die Vermietung an solch eine Firma ausgeschlossen werden. Es ist Aufgabe der Stadt, sich gegen so ein Handeln des Investors durchzusetzen.

Heinrich Dannenberg

Pflegen für einen Hungerlohn

Etwa eine halbe Million Menschen halten sich in Deutschland Diener*innen, die das Haus fast nie verlassen und immer zur Verfügung stehen müssen.

Solche Feudalarbeitsverhältnisse sind in der 24-Stunden Pflege üblich. Diese Pflegekräfte sind in der Regel weiblich und kommen meistens aus Osteuropa. Einer reichte es jetzt. Die Frau kommt aus Bulgarien und pflegte eine 96-jährige Berlinerin mit einem 30 Stunden Arbeitsvertrag rund um die Uhr. Sie klagte gegen eine in Bulgarien ansässige Vermittlungs-Agentur auf Vergütung ihrer Bereitschaftsstunden. Das Landesarbeitsgericht gab der Klägerin mittlerweile in zweiter Instanz Recht. In seinem Urteil sprach das Gericht der Klägerin eine Vergütung von weiteren 117 Arbeitsstunden in der Woche zu. Wie eine 147 Stunden-Woche mit dem Arbeitszeit-Gesetz und dem Verbot der Sklaverei vereinbar ist kommentierte das Gericht nicht. Dennoch in der 24-Stunden Pflege-Branche wird das Urteil zu heftigen Schweißausbrüchen geführt haben.

Günter Hameister

GESUNDHEIT – TUMMELPLATZ FÜR HEUSCHRECKEN

tenz der UN und ihre Aufgaben nicht in Frage stellen, sondern unentwegt für eine Stärkung der UN eintreten. Internationale Machtinteressen bestimmen heute das Weltgeschehen. Aber ist uns eigentlich bewusst, was die Hilfsorganisationen der UN beispielhaft weltweit leisten, wie sie Millionen von Menschen vor dem Tod durch Hunger und Krankheiten bewahren?

Die UN als friedensstiftende Organisation in Frage zu stellen, wären Resignation und Kapitulation gegenüber den weltweit herrschenden imperialen Machtinteressen. Auch als Einzelne sind wir gefragt, haben die Verpflichtung, für die unverzichtbaren Ziele der UN, für die Durchsetzung der Menschenrechte einzutreten und mitzuhelfen, so dass die UN »irgendwann« ihre Ziele realisieren kann.

Johannes Müllner

Grünbuch der EU-Kommission zum Thema Altern

Mitten in der Pandemie, die Europa und die Welt erfasst, hat die Europäische Kommission in Brüssel ein Grünbuch zum Thema Altern vorgelegt.

Zwei Ziele stehen im Mittelpunkt dieses Dokuments der EU:

- ▶ Erhöhung der Lebensarbeitszeit bis über 70 Jahre bei gleichzeitig sinkender Nettorente.
- ▶ Stärkung privater, kapitalgedeckter Rentensysteme, zu Lasten der gesetzlichen Rentensysteme.

Eine solche Weichenstellung geht fundamental in die falsche Richtung und widerspricht den IG-Metall Vorstellungen. Der letzte Gewerkschaftstag fordert eine Stärkung der solidarischen gesetzlichen Rente, mit dem Ziel einer Erwerbstätigen-Versicherung, in die alle Beschäftigten und Kleinselbstständige einzahlen.

In einem offenen Aufruf hat der COESP in Spanien und der Seniorenaufstand gegen die Empfehlungen der EU-Kommission zur Privatisierung und Verschlechterung der Renten Stellung genommen. Der vollständige Text kann unter folgendem Link aufgerufen werden:

- ▶ <https://kielregion.dgb.de/++co++2d992fa0-91fe-11eb-b761-001a4a160123>

Bei diesen »Heuschrecken« handelt es sich um Private-Equity-Firmen, die zunehmend im Bereich Pflege und Reha dominieren. Die Zahl der Betreiber hat sich in diesem Bereich in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Der Gesundheitsmarkt wird ins Visier genommen, weil dort gut zu kalkulierende und stetig steigende Mittelzuflüsse zu erwarten sind. Demografisch gibt es für die nächsten Jahrzehnte im Markt für stationäre Pflege und Seniorenwohnungen einen klaren Wachstumstrend, weitgehend unabhängig von Konjunkturschwankungen.

Alte und Kranke zahlen die Zeche

Der zersplitterte »Gesundheitsmarkt« hält für diese Fonds steigende Profitchancen durch den Zusammenkauf von kleineren Anbietern bereit. Mit den dann entstandenen größeren Einheiten können Kosten gesenkt werden. Danach wird alles mit hohem Gewinn an den nächsten Investor verkauft, der das Spiel in der nächsten Runde wiederholt. Wer die Zeche zahlt, liegt auf der Hand: die Alten und Kranken. Auf der einen Seite steigen die Profite, auf der anderen auch die Kosten für die Pflege im Heim. Die selbst zu zahlenden Anteile klettern stetig auf aktuell 2.068 Euro pro Monat, wie der Verband der Ersatzkassen ermittelt hat. Das sind 128 Euro mehr als Anfang 2020. Der darin enthaltene Eigenanteil allein für die Pflege ist dabei im Bundesschnitt auf 831 Euro angewachsen. Vergangenes Jahr betrug er noch 731 Euro, Anfang 2018 nur 593 Euro.

Das gleiche Bild zeigt sich im Reha-Bereich. Hier ist der Platzhirsch der Betreiber Median mit jährlich 230.000 Patienten in 120 Einheiten, die über 18.500 Betten verfügen. Eigentümer von Median ist die Heuschrecke Waterland. Mit ihren Rehakliniken, der Atos-Klinikette und Pflegedienstleistern im Portfolio erzielt Waterland eine überdurchschnittliche Verzinsung des eingesetzten Kapitals von sage und schreibe rund 30 Prozent. Ardian, mit 103 Milliarden Dollar unter Verwaltung, ist Europas größte Private-Equity-Gesellschaft und hat

davon mehr als 14 Milliarden Euro in den Gesundheitsbereich investiert. Für 2019 verzeichnet die Branche insgesamt 106 Fusionen und Übernahmen.

Hohe Profite – sparen beim Personal

Dem Treiben der Investoren und ihrer Profitmaximierung folgt das zweite Karussell, um das erste am Laufen zu halten: das der Kostensenkung. Davon ist besonders das Personal betroffen. Niedrige Personalschlüssel, schwere und schlecht bezahlte Arbeit, mangelnde Arbeitsbedingungen und ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Leiharbeitskräften. Besonders bei den Leiharbeitskräften gibt es eine hohe Fluktuation. Es findet eine laufende Personalzirkulation zwischen den Einrichtungen statt. Da die Leiharbeitskräfte in der Pflege bei der Impfstrategie vergessen wurden, kann nicht ausgeschlossen werden, dass dieser Umstand zur Virusverbreitung in den Pflegeheimen und damit zu der hohen Zahl an Todesfällen beigetragen hat.

Für Pflegeheime und die ambulante Intensivpflege hat der Gesetzgeber lukrative Regelungen getroffen, um die Einflüsse von Covid-19 finanziell auszugleichen. Eines steht in der Krise ganz oben: keine Schädigung oder Eigentumsverluste für große Kapitalinvestoren.

Kein Sozialismus in der Pflege

Das Gesundheitswesen ist ein wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge und darf nicht weiter zum Tummelplatz von profitgierigen Finanz-Hasardeuren verkommen. Von Gesundheitsminister Jens Spahn ist jedoch kein Gegensteuern zu erwarten. Wie sagte er doch 2018: »Wir führen in der Pflege nicht den Sozialismus ein«. Abgesehen davon, dass dieses auch niemand erwartet hat, liegt zwischen Sozialismus und Heuschreckenplage ein weites Handlungsfeld das dringend beackert werden muss.

Günter Hameister



Kampf der Konzepte

2021 ist ein Superwahljahr, mit Bundestagswahl und Landtagswahlen.

Vor allem die Bundestagswahl wird entscheidend sein für die Zukunft der Rente. Klar ist: Die Rente wird in den anstehenden Wahlkämpfen Thema sein. Die Debatte um die richtigen Weichenstellungen ist in vollem Gange.

Immer länger arbeiten?

Der Konflikt um das **Renteneintrittsalter** spitzt sich deutlich zu. Arbeitgeberpräsident Rainer Dülger fordert eine Koppelung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung. Auch die Wirtschaftsweise Monika Schnitzer spricht sich für die weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters aus.

Die CDU hat bereits einige Pflöcke eingerammt. Ihr zuständiger Fachausschuss hat festgehalten, wie die Rente aus Unionssicht reformiert werden sollte.

Eckpunkte sind die weitere Erhöhung und Individualisierung des Renteneintrittsalters, eine verpflichtende zusätzliche Privatvorsorge für Arbeitnehmer:innen und die sogenannte »Doppelrente«. »Doppelrente« bedeutet: Ein Teil der Rentenbeiträge soll künftig in einen Rentenfonds unter dem Dach der Deutschen Rentenversicherung fließen. Der Rentenfonds investiert das Geld dann am Kapitalmarkt, zum Beispiel in Aktien oder Anleihen.

Den Wegfall eines fixen Renteneintrittsalters will die Union mit Anreizen für ein längeres Erwerbsleben verbinden. Ihr langfristiges Ziel ist eine automatische Koppelung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung, was unter dem Strich einer steigenden Regelaltersgrenze gleichkommt.

Die verpflichtende zusätzliche **Privatvorsorge** sollen die Arbeitnehmer:innen finanzieren – durch eine direkte Einzahlung aus dem Nettogehalt in ein Standardvorsorgeprodukt. Das ist ein Bruch mit einem zentralen Sozialstaatsprinzip: der paritätischen Finanzierung



der Alterssicherung, also der hälftigen Aufteilung der Kosten zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten.

Falsch abgebogen

Aus Sicht der IG Metall gehen diese Vorschläge in die vollkommene falsche Richtung. »Statt einen solidarischen Richtungswechsel zu vollziehen, setzen CDU und CSU auf ein noch höheres Renteneintrittsalter, mehr Risikoinvestment und eine verpflichtende Privatvorsorge«, kritisiert Hans-Jürgen Urban, der im IG Metall-Vorstand für Sozialpolitik zuständig ist.

Seine Bewertung der CDU-Vorschläge: »Längeres Arbeiten, höhere Kosten für Versicherte und weniger Sicherheit - die neue Rentenpolitik der Union mag Arbeitgebern und der Versicherungswirtschaft gefallen, geht aber an den Kerninteressen von Rentnern und Versicherten vorbei.«

Wird die Rente der Zukunft reichen?

Eine deutliche Absage erteilt Hans-Jürgen Urban »den reflexartigen Forderungen von Arbeitgebern nach immer höheren Regelaltersgrenzen«. Wer ernsthaft die Chancen auf einen längeren Verbleib älterer Arbeitnehmer:innen im Betrieb erhöhen wolle, müsse bei den Arbeitsbedingungen nachbessern – und nicht diejenigen mit hohen Rentenabschlägen bestrafen, die aus gesundheitlichen Gründen vor der Regelaltersgrenze aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssen.

Urbans Fazit: **»Statt Rentenpolitik auf Kosten der Gesundheit, brauchen wir mehr flexible und sozial abgesicherte Optionen für den Übergang in den Ruhestand.«**

Wie trügerisch manche Hoffnungen sind, die sich an die Privatvorsorge knüpfen, zeigt das Beispiel Riesterrente. Die staatlich geförderte Privatrente konnte die Erwartungen bis heute nicht erfüllen. Hohe Provisionen und Verwaltungskosten knabbern an der Rendite. Viele Riester-Sparerinnen und -Sparer haben ihre Verträge längst beitragsfrei gestellt.

Alterssicherung: Solidarisch statt privat

Die IG Metall hat für das Superwahljahr andere Vorschläge. Das IG Metall-Rentenkonzept verhindert Altersarmut und sichert den Lebensstandard im Alter.

Nötig sind dazu eine große Rentenreform und ein solidarischer Umbau der Rentenversicherung. Danach würden alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Also auch Ärzte, Anwälte, Beamte, Selbstständige und Abgeordnete.

Die Einführung einer solchen Erwerbstätigenversicherung wäre ein echter rentenpolitischer Kurswechsel und ein großer Schritt in Richtung eines solidarischen Neuaufbaus der Alterssicherung.

Das Rentenniveau muss steigen und wieder den Löhnen folgen. Flexible Übergänge in den Ruhestand sollen eine Rente ohne hohe Abschläge ermöglichen.

MELDUNGEN II

Verstrahlt für Milliarden



Für die Kehrtwende in der Energiepolitik nach der Nuklearkatastrophe in Fukushima im Jahre 2011 werden die Betreiber von Atomkraftwerken mit insgesamt 2,4 Milliarden Euro entschädigt.

Für entgangene Gewinne und getätigte Investitionen, wie es heißt. Na dann. Greenpeace rechnet vor, dass die Atomindustrie zwischen 1950 und dem endgültigen Ausstieg mehr als 300 Milliarden Euro Subventionen abgegriffen haben wird. Die Folgekosten für die Endlagerung nachfolgender Generationen in den nächsten mindestens 100.000 Jahren kommen noch oben drauf. Da fallen 2,4 Milliarden wirklich nicht ins Gewicht. Hauptsache wir hatten »billigen« Strom! Leider müssen wir davon ausgehen, dass die Entschädigungen eher in Renditen enden als in Zukunftsperspektiven für die in der Energiewirtschaft Beschäftigten.

Rüstungsausgaben steigen – Impfstoff fehlt



Im vergangenen Jahr sind die Umsätze von Rüstungskonzernen und Waffenlieferanten erneut angestiegen. Laut einem Bericht des Friedensforschungsinstituts Sipri setzten die weltweit 25 größten Rüstungskonzerne 361

Milliarden US-Dollar mit dem Verkauf von Waffen und militärischen Dienstleistungen um. Das waren 8,5 Prozent mehr als 2018 und 15 Prozent mehr als 2015. Angeführt wird die Liste der größten Waffenhändler von den USA. Die USA ist zugleich auch der größte Rüstungsexporteur, gefolgt von Russland und Frankreich. Deutschland liegt bei den Exporten auf einem unrühmlichen vierten Platz, noch vor China. In den vergangenen fünf Jahren stieg der deutsche Rüstungsexport um 21 Prozent. Das Militär in autoritären Staaten und Kriegsgebieten wird bestens versorgt, der Bevölkerung dagegen fehlen Nahrungsmittel, sauberes Wasser, Bildungseinrichtungen und Impfstoff. Man kann schließlich nicht alles haben.